

Helmholtzstraße 28,  
Tel. 0211-994160  
info@laga-nrw.de

40215 Düsseldorf  
Fax 0211-9941615  
www.laga-nrw.de



## **Pressemitteilung vom 03.12.2008**

### **Deutsche Sprache darf nicht im Grundgesetz untergehen**

#### **LAGA NRW kritisiert Beschluss der CDU**

„Selbstverständlich ist die deutsche Sprache ein hohes Gut. Eine solche Selbstverständlichkeit im Grundgesetz zu verankern grenzt aber an Missbrauch unserer Verfassung.“ Der jüngste Beschluss des CDU-Parteitags sei daher völlig unverständlich meint LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltek.

Unbestritten sei Deutsch die Amtssprache der Bundesrepublik und die gemeinsame Sprache aller Menschen, die in Deutschland leben. Sie gelte es zu pflegen. „Ich kann die Kritik vieler Menschen an unsinnigen Anglizismen gut nachvollziehen. Als Kulturgut muss eine Sprache gepflegt und darf nicht einer angeblichen Modernität geopfert werden“, ergänzt Keltek. Doch sei zu bezweifeln, dass die Verankerung der deutschen Sprache ins Grundgesetz das geeignete Mittel dafür sei.

„Mit diesem Aktionismus will man wohl vor allem deutlich machen, dass andere Sprachen in Deutschland nicht erwünscht sind. In Zeiten der Globalisierung und des intensiven politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Austauschs ist das ein fatales Signal. Insofern zeugt dieser Beschluss von einer reaktionären Haltung in weiten Teilen der CDU“, meint Keltek.

Wer es ernst meine mit der deutschen Sprache, müsse Sprache insgesamt pflegen. „Längst ist wissenschaftlich erwiesen, dass die Förderung der Herkunftssprache für Kinder mit Migrationshintergrund eine gute Basis für das sichere Erlernen der deutschen Sprache ist. So lassen sich gerade bei Kindern Lücken bei Deutschkenntnissen schließen. Die LAGA NRW fordert seit Jahren eine intensive Sprachförderung. Doch darf sich diese nicht nur auf die Amtssprache begrenzen. Dadurch gehen zu viele Chancen verloren. Die Mehrsprachigkeit vieler Kinder und Jugendlicher ist ein brachliegender Schatz in unserem Land. Ich würde mir wünschen, dass entsprechende Initiativen von der CDU und allen anderen Parteien ausgingen.“